

Die Reichen sollen zahlen

Dass Krisen auf Arbeiter*innen abgewälzt werden, ist kein Naturgesetz, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen. Wenn die Gewerkschaft wirkliche Kämpfe und Streiks organisieren würde, könnten wir die Angriffe der Herrschenden zurückschlagen.

Seite 2

Massenproteste in Hongkong

In Hongkong versucht die Regierung, zusammen mit der Spitze der chinesischen Diktatur, durch die schleichende Anwendung des Kriegsrechts die Proteste zu unterbinden, Demonstrationen zu verbieten und die Bevölkerung einzuschüchtern. Doch die Protestbewegung hält dagegen.

Seite 12

Schwerpunkt

Wir sind inmitten einer globalen Umweltkatastrophe. Die Frage lautet nicht, ob es schlimm wird, sondern in welchem Ausmaß. Kapitalismus und Klimawandel hängen zusammen.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 280 | 09.19

WIDERSTAND

gegen die Politik der Reichen!

Jetzt ist Wahlkampf – und die etablierten Parteien versprechen wieder einmal, dass sie jetzt alles anders machen werden. Aber wir wissen: das ist nur Stimmenfang, auf die da oben ist kein Verlass. Die SLP tritt in Oberösterreich an – ist aber bundesweit aktiv. Wir haben keine Wahlgeschenke – aber ein Angebot: Kämpfe mit uns gemeinsam, anstatt dich alleine über Korruption und die Politik für Reiche zu ärgern.

– **Wir waren Teil** der Proteste gegen den 12-Stunden-Tag. Mach mit uns Druck auf die Gewerkschaftsführung, endlich Kampf-

SOLIDARITÄT

mit all jenen, die von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind!

ne für Soziales, Gesundheit und Bildung für alle, sowie zur Bekämpfung der Klimakrise verwendet werden müssen.

– **Wir wollen** mit dir gemeinsam kämpfen: gegen die Kürzungen der vergangenen und künftigen Regierungen. Für eine neue Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche. Für eine demokratische Gesellschaft, in der nicht Profite, sondern Mensch und Natur im Zentrum stehen. Ersetzen wir den Wahnsinn des Kapitalismus durch eine andere, eine demokratische, sozialistische Gesellschaft.

Jan Millionig,
Pfleger und
Spitzenkandidat der SLP

SOZIALISMUS

als Alternative zu Umweltzerstörung
und kapitalistischem Chaos!

**Wir wollen mit dir gemeinsam kämpfen:
Gegen die Kürzungen der vergangenen
und künftigen Regierungen.**

maßnahmen zu starten um diese und andere Maßnahmen zurückzuschlagen.

– **Wir haben** in Linz die Pride zentral mitorganisiert und treten gegen deren Kommerzialisierung sowie für eine kämpferische

und antikapitalistische LGBTQIA+ Bewegung ein.

– **Wir organisieren** Aktionen gegen die FPÖ, weil diese für Rassismus und besonders aggressiven Sozialabbau steht, und wir blockieren gewaltbereite, gefährliche Faschist*innen.

– **Wir setzen uns** für Frauenrechte ein, aber nicht nur für jene auf dem Papier. Wir kämpfen z.B. für leistbaren Wohnraum für alle durch eine massive öffentliche Wohnbauoffensive, damit Frauen, die von Gewalt betroffen sind, nicht durch finanzielle

Abhängigkeit gezwungen werden, bei ihrem Partner zu bleiben.

– **Wir sind Teil** der Klimaproteste und verlangen Nulltarif auf allen Öffis und die Enteignung der großen CO2 Produzenten, als ersten Schritt hin zu einer demokratisch geplanten Wirtschaft.

– **Wir haben** die Streiks im Sozialbereich unterstützt und fordern, dass die Gewinne der Großkonzer-

Wir sagen:

- Gemeinsam kämpfen statt alleine ärgern: Am 29.9. in Oberösterreich SLP wählen und aktiv werden!
- Für eine breite und bundesweite Kampagne gegen die Kürzungspolitik der neuen Regierung – von Demonstrationen bis zu Arbeitskämpfen!



Von Sonja Grusch Es ist Herbst, Schulen und Universitäten gehen wieder los. Und es ist Wahlkampf. Also äußern sich die Parteien mal wieder zur Bildung. Schließlich geht es um „die Zukunft“ und „die Bildung“. Damit kann man

leicht Punkte machen. Vorne mit dabei: Die Industriellenvereinigung (IV), die sogar ein eigenes „Wahlprogramm“ aufgestellt hat – also ihre Wunschliste an die kommende Bundesregierung. Sie will verstärkte „Vermittlung von Wirtschaftsthemen“ und mehr direkten Einfluss von Unternehmen auf die Inhalte. Außerdem will sie „unternehmerisches Denken“ stärker im Unterricht verankern, also eine Propagandaoffensive. Schon die ganz Kleinen sollen eingetrichtert bekommen, dass es keine Alternative zum Kapitalismus gebe. Ganz nebenbei will man auch noch öffentliche Gelder umleiten – wenn z.B. Privatunternehmen kleine Summen an Universitäten

Bauchnabel Wirtschaft

ten anlegen, um mit viel öffentlichem Geld zu forschen – und die Ergebnisse dann bei der Privatwirtschaft verbleiben.

Sehr offen zeigen IV & Co. worum es in einer kapitalistischen Gesellschaft geht: Alles dreht sich um die Notwendigkeiten des kapitalistischen Marktes. Der Mensch ist (wie auch die Natur) Mittel zum Zweck, liefert Arbeitskraft und dient als Konsument*in. Menschliche Bedürfnisse werden jenen der Profitwirtschaft untergeordnet. Die etablierten Parteien haben die Aufgabe, diesen Prozess zu optimieren und die Wunschliste der Wirtschaft abzuarbeiten. Die gemeinsame Schule von 6–14 Jahren fordert die IV nicht aus fortschrittlichen Gründen – sondern um Kosten zu sparen und das Schulsystem auf seine profitablen Teile zusammenzukürzen. Also: Keine Illusionen in die Bildungsprogramme der diversen Parteien und ihrer „Expert*innen“! Eine wirklich andere Bildungspolitik braucht eine wirklich andere Gesellschaft, ganz ohne kapitalistische Notwendigkeiten.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellung- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW



Foto: FB/Initiative Sommerpaket

Krise: Reiche sollen zahlen!

Der Übergangs-Finanzminister „warnt“ vor den Kosten für das „freie Spiel der Kräfte“ der letzten Parlamentssitzungen.

„Wir müssen sparen“ geprägt sein. Angesichts der globalen Verschuldung von 318% des weltweiten Outputs wird sie versu-

gen bei Bildung, Gesundheit und Sozialem, während die „Steuerlast“ der Reichen weniger werden soll – z.B. mit der eigentlich von Schwarz-Blau geplanten Steuerreform. Doch dass Krisen auf uns abgewälzt werden, ist kein Naturgesetz, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen. Wenn die Gewerkschaft wirkliche Kämpfe und Streiks organisieren würde, könnten wir die Angriffe der Herrschenden zurück schlagen und sogar Verbesserungen erkämpfen. An Reichtum mangelt es nämlich nicht: Das reichste 1% besitzt mehr als die ärmsten 90% zusammen!

Moritz Bauer

Der Sozialabbau soll die Kriegskassen der Unternehmen füllen – Wehren wir uns!

Sebastian Kurz kritisiert „Wahlzuckerln“ wie die Erhöhungen des Pflegegeldes oder die Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten. Und Presse-„Expert*innen“ stimmen mit ein und beklagen, die Parteien würden Steuergeld „verschwenden“.

Das sind Vorboten der Politik der nächsten Regierung – egal welcher. Diese wird vom Dogma

chen, die Schulden nicht zu hoch (und damit das internationale Rating zu schlecht) werden zu lassen. Zudem müssen die staatlichen „Kriegskassen“ nach der letzten Krise wieder aufgefüllt und auf die kommende Krise vorbereitet werden. Zahlen wollen Reiche und Superreiche dafür natürlich nicht. Finanziert werden soll das über Kürzun-

Steuergeschenke und Politik für Superreiche

Der Einfluss der Reichen und Superreichen in der Politik ist nichts Neues, im Gegenteil. Bereits bei Gründung der 1. Republik wurde der Adel nicht enteignet, sondern konnte weiterhin Reichtum und politischen Einfluss bewahren – teilweise bis heute: Aus der Adelsfamilie Abensperg & Trautfloren rund 20.000€ an Kurz, Ulrich Habsburg-Lothringen war bis 2010 grüner Politiker. Auch die Entnazifizierung wur-

de nach 1945 nur sehr schleppend begonnen und rasch wieder eingestellt – Kapitalist*innen profitieren bis heute von Gewinnen aus Zwangsarbeit und Arisierung. Und auch in der 2. Republik gab und gibt es laufend – von der SPÖ mitgetragene und durchgesetzte – Geschenke für Reiche und Superreiche: Privatisierungen, Steuersenkungen (z.B. Abschaffung der Vermögenssteuer) und neoliberale Kürzungspolitik.



Reiche haben Einfluss – direkt wie indirekt

Das Strache-Ibiza-Video zeigt nur, was gang und gebe ist in den politischen Hinterzimmern. Auch direkt an den Schalthebeln sitzen Reiche und Superreiche: Iris Ortner etwa, die aus der 44.reichsten Familie Österreichs stammt, wurde Aufsichtsrätin bei der Österreichischen Beteiligungs AG, die (teil-)staatliche Unternehmen privatisieren soll. Ihr Vater Klaus Ortner spendet 2017–19 rund 1 Mio.€ an die ÖVP.

Auch im Parlament und rund um die Parteien sind die Kapitalist*innen aktiv, sei es wie bei Haselsteiner, dem STRABAG-Miteigentümer, Liberales Forum-Gründer und NEOS-Unterstützer oder beim Team Stronach rund um den Magna-Boss. Und auch Großspenden z.B. vom KTM-Chef Pierr (436.463€ an die ÖVP) haben Einfluss auf Politik und Programm der etablierten Parteien. Wer zahlt, schafft bekanntlich an...



Wahlen 2019 – Etablierter Einheitsbrei

Es würde auf der Hand liegen, im Wahlkampf für die Zurücknahme des 12h Tags, der Zerschlagung der Mindestsicherung und anderer

men. Der Grund dafür ist, dass alle etablierten Parteien programmatisch auf dem Boden des Kapitalismus stehen.

Wirtschaftswachstum der letzten Jahre spürte die Arbeiter*innenklasse nichts. Die Profite, die Unternehmen eingefahren

Das Ergebnis ist somit ein politischer Einheitsbrei mit unterschiedlichen Imagekampagnen, zugeschnitten auf einzelne Spitzenkandidat*innen, die mal mehr oder weniger sympathisch sind. Das vielbeklagte parteipolitische Hick-Hack ist dazu kein Widerspruch: Gerade weil sie sich kaum voneinander unterscheiden, grenzen sie sich umso energischer voneinander ab, um an Profil zu gewinnen. Nach der Amtszeit geht es dann sowieso meist direkt in die Privatwirtschaft, um miteinander Geschäfte zu machen: Glawischnig zu Novomatic, Gusenbauer zu Gazprom, Josef Pröll zu Raiffeisen.

Martina Gergits

Trotz der Selbstzerstörung der Regierung Kurz/Strache hat keine der Oppositionsparteien eine glaubhafte politische Alternative anzubieten.

Maßnahmen von Schwarz-Blau 2 einzustehen. SPÖ und Grüne schweigen sich darüber jedoch aus, weil sie selbst auf Regierungsbeteiligungen schielen. Die Geschichte wiederholt sich: Nach Schwarz-Blau 1 in den 2000ern folgte 2007 eine große Koalition, in der die SPÖ den Bundeskanzler stellte. Keine der schwarz-blauen Verschlechterungen wurde zurückgenom-

In Zeiten der kapitalistischen Krise bleibt dann wenig Spielraum, um innerhalb des Systems fortschrittliche Reformen umzusetzen, weil sie den Profitinteressen gegenüberstehen. Spardiktate, Kürzungen, Entlassungen müssen angeblich hingenommen werden, bis die Wirtschaft wieder positive Zahlen schreibt. Eine glatte Lüge, denn von dem

haben, werden nicht angetastet. Das System an sich, das diese Krise produziert, wird zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Auf die aktuellen dringenden politischen Fragen von Wohnraum, Arbeitszeit, Löhnen, Bildung, Rassismus und Klima liefert keine der etablierten Parteien linke Antworten – denn diese müssten mit der Logik des Kapitalismus brechen.

Imagekampagnen statt Opposition

Die Grünen zeigten bei ihren verschiedenen Koalitionen in den Landesregierungen, dass sich ihr Programm dem Spardiktat der jeweiligen stärkeren Partei unterwirft. So verteidigten die Grünen die Kürzungen der Mindestsicherung 2017 in Tirol. Sie beschlossen mit der SPÖ in Wien die Nulllohnstunden der Gemeindebediensteten und die Grünen trugen auch die Spitalsreform in Oberösterreich mit.

Die Neos haben sich ein jüngeres Image als die ÖVP aufgebaut, stehen mit ihrem politischen Programm aber weitgehend auf Linie mit der Volkspartei. Die Parteifinanzierung läuft über Hans Peter Haselsteiner, Vorstandsvorsitzender der Strabag, der erst 2019 wieder 300.000 € spendete. Sie stimmten beispielsweise mit ÖVP und FPÖ für den 12h Tag und verteidigten das Freihandelsabkommen TTIP.

Die Empörung der SPÖ über Schwarz-Blau ist geheuchelt – mit der FPÖ koalitiert sie selbst auf Länder- und Gemeindeebene und der 12h-Tag stand schon in Kerns Plan A. Obwohl sie in Wien die Möglichkeit hätte, echte Verbesserungen umzusetzen, beschloss die SPÖ mit den Grünen massive Spitalskürzungen, setzte Schritte in Richtung Privatisierung des KAV und schloss 5 von 12 Wiener Gemeindespitalen.

Liste Jetzt: Peter Pilz' Söldnertruppe bekämpfte eher sich selbst als die Regierung. Kein Wunder, schließlich gibt es weder Parteiprogramm noch demokratische Strukturen. Dafür stimmt man in den Chor der antimuslimischen Hetze ein, anstatt linke Antworten auf Kürzungspolitik und Rassismus zu geben. Anstatt ÖVP und FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen, wird deren Agenda dadurch nur noch mehr gestärkt.

Der rechte Rand

Die ÖVP ist Mitgliedspartei der Europäischen Volkspartei (EVP), ihre EU-Abgeordneten sitzen in der EVP-Fraktion. Diese kurze Übersicht soll einzelne Schwesterparteien der ÖVP beleuchten.

Spanien: Die Partido Popular ist traditionell bester Sachwalter des EU-Kürzungsdiktates und die korrupteste Partei des Landes. 2018 wurde ein Großteil der Parteiführung wegen Korruption und Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Gegründet wurde die PP 1976 als „Alianza Popular“ durch den Zusammenschluss verschiedener von alten Franco-Eliten gegründeten Parteien. Das von ihr geplante Abtreibungsverbot konnte nur durch landesweite Massenproteste verhindert werden.

Italien: Nachdem die Forza Italia in den letzten EU-Legislaturperioden bereits der Diktatorenkenkelin Alessandra Mussolini einen Platz in der EVP-Fraktion verschafft hatte, hat sie jetzt dem korrupten Parteivorsitzenden Silvio Berlusconi ein Mandat in Brüssel gesichert.

Ungarn: Die Fidesz von Victor Orbán ist zwar aufgrund etwas zu rüpelhaften Auftretens von der EVP-Mitgliedschaft suspendiert – mit ihrer rechtsautoritären Politik hat die EVP aber im Grunde kein Problem. Fidesz-Abgeordnete sind weiter Teil der EVP-Fraktion und ihr EU-Spitzenkandidat wird Teil der neuen EU-Kommission sein. Die ÖVP und Sebastian Kurz haben sich sogar gegen die Suspension der Fidesz ausgesprochen, die in der Vergangenheit auch durch antisemitische Kampagnen und profaschistische Geschichtsdeutung aufgefallen ist.

Oliver Giel

SPÖ hat Gewerkschaften nichts zu bieten

Was war das für ein Polit-sommer. In einer mutigen und angriffigen Nationalratsrede hat SPÖ-Chefin Rendi-Wagner den Zwölfstundentag attackiert und ein Gesetz zu dessen Abschaffung eingebracht. Was? Du hast davon nichts mitbekommen?

Das liegt daran, dass diese Rede nicht existiert. Und es wird sie auch nie geben. Die SPÖ hat keinerlei Interesse an einer Rücknahme des Zwölfstundentages, genau so, wie sie viele Schweinereien vergangener schwarz-blauer Regierungen auch nicht zurückgenommen hat. Warten auf die SPÖ ist warten aufs Christkind.

Warten aufs Christkind ist aber keine ernsthafte gewerkschaftliche Strategie. Genau das ist aber in den letzten Jahren passiert. Dabei fing es gut an. Hunderttausende gingen gegen den Zwölfstundentag auf die Straße. Eine Streikbewegung gegen die Regierung rückte in greifbare Nähe.

Doch dann hieß es seitens des ÖGB: „Wir regeln das über die Kollektivvertragsverhandlungen“. Aber die Abschlüsse waren mager und der Zwölfstundentag blieb. Dann hieß es: „Wir schlagen ein neues Arbeitszeitgesetz vor, welches eine neue Regierung umsetzen kann“. Auch hier ist es still geblieben.

Jetzt ist wieder Wahlkampf. Glaubt man aber den Gewerkschaftsführungen,

dann wird die SPÖ es richten. Doch auf welcher Grundlage beruht dieser Glaube? Die Basis dafür ist dünn. Programmatische Aussagen darüber, dass man vorhabe, die unsozialen und arbeitnehmer*innen-feindlichen Maßnahmen nicht nur der letzten, sondern auch der vorhergehenden Regierungen zurückzunehmen, sucht man vergeblich. Die SPÖ stellt sich zwar gegen die Schuldenbremse in der Verfassung – gegen den von dieser Partei mitbeschlossenen Fiskalpakt aber nicht.

Tatsächlich hat der ÖGB eine historische Chance verschenkt, als die Stimmung gegen den Zwölfstundentag nicht genutzt wurde, um diese Maßnahme wirkungsvoll zurückzuschlagen. Das muss anders werden. Denn wenn Gewerkschaften demonstrieren und auch streiken, bewirken sie eine Politisierung ihrer Mitglieder und darüber hinaus. Diese Politisierung kann Grundlage für eine neue linke, sozialistische Kraft werden, eine echte Arbeiter*innenpartei, die für konsequenten Widerstand gegen den Sozialraub aller Parteien steht. Auf die Gewerkschaftsführung können wir uns dafür nicht verlassen, das müssen wir schon selbst an der Basis tun!

Christian Bunke



Schweißtropfen auf dem heißem Stein?

In Österreich gibt es keine Regelung für Hitzeferien. Bei Arbeiten in Büros sollte die Temperatur zwischen 19-25° liegen, wenn

nen Regelungen gekümmert wird. Hitze ist auch in meinem Betrieb jedes Jahr ein Thema. Bei Hitzewellen kommt es be-

Die Gewerkschaft muss für konsequente Hitze-Regelungen und deren Einhaltung kämpfen.

Klimaanlagen vorhanden sind – diese sind aber nicht vorgeschrieben. Einzig bei Bauarbeiten im Freien muss ab 32,5°C ein Alternativarbeitsplatz gefunden oder die Arbeit eingestellt werden. Doch der Hitzetod eines Bauarbeiters am Anfang dieses Sommers zeigt, wie wenig sich um die Einhaltung dieser ohnehin la-

reichsweise zu Temperaturen zwischen 40 und 45°C. Ventilatoren, Verteilen von Getränken und Eis und zögerliche Maßnahmen wie Folierung der Fenster brachten bisher nur leichte Linderung.

Deshalb hat meine Betriebsratsliste DSO eine Kampagne geplant,

um die Werksleitung offen mit dem Problem zu konfrontieren. Diese reagierte vorausseilend und kündigte eine Klimatisierung der Werkshallen an. Ein positiver Schritt, wenn auch um Jahre zu spät. Klimatisierung hat es in kleinen Bereichen auch vorher schon gegeben – jedoch erst als aufgrund der Hitze die Technik versagte. Das Beispiel zeigt, wie der Faktor Mensch hinter Profit und Kosten gereicht wird. Es zeigt jedoch auch, dass es Sinn macht, aktiv zu werden. Denn die jetzigen Maßnahmen wurden erst angekündigt, nachdem die Hitze offen von DSO im Wahlkampf thematisiert wurde.

Thomas Hauer

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

– Kampfflose Einigung

Die Auslagerung der Caritas-Reinigungskräfte in das Tochterunternehmen „magdas“ bringt den Wechsel in einen schlechteren Kollektivvertrag (KV). Lohnverluste für bereits bei der Caritas beschäftigte Reinigungskräfte konnten abgewendet werden, nachdem „Sozial, aber nicht blöd“ eine öffentliche Diskussion über den Angriff angestoßen hatte. Der Betriebsrat organisierte eine Betriebsversammlung, die Be-

legschaft der Caritas solidarisierte sich mit den Reinigungskräften, was auch Betriebsrätin Wurzer im ORF betonte. Nun kam es zum kampflosen Kompromiss durch den Betriebsrat. Der Deal kam ohne Einbeziehung der Betroffenen zustande und lässt viele Fragen offen. Wenn die Einigung bleibt, ist fix: Neue Beschäftigte bekommen rund 25% weniger Gehalt für die gleiche Arbeit. Und die Belegschaft wird in zwei KVs gespalten.

÷ Jobabbau in NÖ?

Ein Industriekonzern mit 13 Standorten in 10 Ländern auf drei Kontinenten will in seinem Werk in NÖ 50-70 Stellen streichen. Die Betriebsrats (BR)-Mehrheit um einen Vorsitzenden, der FPÖ-nahe ist, will das hinnehmen. Sein zentrales Versprechen bei der BR-Wahl 2019 war: Mehr Transparenz, keine Hinterzimmer-Deals mehr. Jetzt stellt er sich gemeinsam mit der Liste des ÖVP-nahen Ex-BR-Vorsitzenden sogar dagegen, eine

Betriebsversammlung zu organisieren. Betriebsrat und SLP-Aktivist Thomas Hauer bekämpft diese entmündigende BR-Politik. Er tritt für eine Betriebsversammlung als ersten Schritt ein. Dort muss der geplante Angriff erklärt und diskutiert werden, welche Palette an Möglichkeiten es gibt, sich zu wehren und welche von diesen Möglichkeiten die Beschäftigten selbst nutzen wollen. Updates folgen in VORWÄRTS und auf slp.at.

+ Abwehr

VKKJ, ein Wiener Sozialbereichsbetrieb, weigert sich, Beschäftigte laut Kollektivvertrag (KV) zu bezahlen. Auf eine Protestkundgebung von Betriebsrat (BR) und Beschäftigten gemeinsam mit der GPA-djp vor der Firmenzentrale reagierte die Firma mittels Unterlassungsklage: So sollte der BR gezwungen werden, auf weitere Proteste zu verzichten. Mittlerweile ist die Klage zurückgezogen. Der Kampf um KV-Löhne geht weiter.



Freiwillig fett und träge?

Studien und Statistiken zeigen, dass Kinder und Jugendliche immer häufiger übergewichtig oder adipös (fettleibig) sind. Als Prob-

als Nervosität und schlechtes Benehmen abgestempelt. Kinder werden mit Medikamenten sogar „ruhiggestellt“.

Eine teure Freizeitindustrie ist auf Bewegungsmangel keine Antwort.

lem wird oft genannt, dass Kinder zu viel sitzen und zu wenig Bewegung haben. Wie auch, wenn es an Schulen die tägliche Turnstunde nicht wirklich gibt? In den kurzen Pausen haben Lernende lediglich Zeit, kurz auf die Toilette zu gehen oder die Materialien für die nächste Stunde herzurichten. Der Unterricht findet überwiegend sitzend statt und das natürliche Bedürfnis, sich zu bewegen, wird

Im Beruf müssen viele Beschäftigte stundenlang sitzen. Es gibt keine regelmäßigen Pausen oder Angebote zur Bewegung am Arbeitsplatz. Schulbuffet und Werkküchen gibt es immer weniger, und so wird aus Alternativlosigkeit und Zeitmangel vermehrt Fastfood konsumiert, um dann schnell wieder zurück an die Arbeit zu können.

Für Sport und Bewegung gibt es ganz bewusst keinen

Raum in der Arbeit und der Schule (außer in Eliteschulen und für Spitzenkräfte)! Darüber hinaus pendeln viele stundenlang zur Arbeit oder zum Ausbildungsplatz. Weitere Faktoren wie andauernde Überlastung und Stresszustände sowie – gezwungenermaßen – schlechte Ernährung tragen zusätzlich zu Essstörungen und Übergewicht bei.

Der Kapitalismus bietet hier eine profitable private Lösung für das gesellschaftliche Problem: Eine zunehmend boomende und teure Freizeitindustrie. Fast alle von uns kennen jemanden, der in einem Fitnessstudio angemeldet ist oder mit einer kostenpflichtigen App versucht, Gewicht zu verlieren. Zwar gibt es in größeren Städten Parks mit öf-

fentlichen Trainingsangeboten und man kann auch immer kostenlos laufen, aber auch das wird immer mehr zur Zeitfrage. Nach einer Zwölf-Stunden-Schicht oder wenn man wieder bis in die Morgenstunden für eine Prüfung lernen muss, ist ein ausgewogenes Bewegungsspendum nicht die oberste Priorität.

Sport degeneriert in Folge dessen für viele zu einer weiteren Verpflichtung, der man nachkommen muss, um den negativen gesundheitlichen Rahmenbedingungen des Alltags entgegenzuwirken. Statt hart zu arbeiten und dann hart zu trainieren, braucht es eine gesunde Verbindung von Arbeit und Freizeit.

Nur in einer sozialistischen Gesellschaft, wo aus

Arbeit und Freizeit kein Widerspruch gemacht wird, können wir Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und gesundes Leben schaffen. Das bedeutet einerseits eine massive Arbeitszeitverkürzung, um Erschöpfung und Überarbeitung entgegenzuwirken und um gleichzeitig mehr Zeit für körperliche Betätigung zu haben; und andererseits braucht es öffentliche Angebote, um gemeinsam mit Freund*innen aus Arbeit, Schule oder Wohnort, Sport zu betreiben. Gemeinsame Bewegung wird so gesellschaftlich aufgewertet, statt allein – mit Kopfhörern isoliert – laufen oder ins Studio gehen zu müssen, um einen Ausgleich zur Arbeit zu finden.

Stefan Brandl

Den Löffel abgegeben

David H. Koch, der jüngere der berühmten „Koch Brothers“, ist tot. Der US-Amerikaner und sein Bruder Charles verfügten über ein Privatvermögen von knapp 100 Milliarden Dollar. Sie machten ihren Reichtum durch die Öl- und Chemieindustrie, ihr Firmenimperium erstreckte sich jedoch über alle wirtschaftlichen Bereiche. Ihre Milliarden nutzten die Koch Brothers besonders, um rechte Politik zu finanzieren: Gegen

Gewerkschaften, Klimaschutz, Frauen- und LGBTQIA-Rechte und vieles mehr. Ihre Lobby-Organisation „Americans for Prosperity“ („Amerikaner für Wohlstand“) steht hinter unzähligen Gesetzen, die die Reichen und Mächtigen begünstigen – Sowohl Republikaner als auch Demokraten setzten die Wünsche der Koch Brothers bereitwillig um. Die us-amerikanischen Arbeiter*innen werden Koch keine Träne nachweinen.

Woodstock on Fyre

Vor 50 Jahren fand das legendäre Woodstock-Festival statt. Entgegen dem gegenkulturellen Mythos hatte Organisator Michael Lang damals vor allem eines im Kopf: Richtig viel Geld machen. Gemeinsam mit zwei Risikokapital-Investoren zog er das Projekt auf. Um die Gewinne zu maximieren, wurde vor allem in Werbung investiert, um die Organisation vor Ort machte man sich kaum Gedanken. Das Ergebnis: völliges Chaos beim Festi-

val, nicht einmal Eintrittstickets wurden kontrolliert. Ironischerweise schuf das Versagen der profitorientierten Festivalorganisation den künstlerischen und politischen Freiraum, der das Festival als Höhepunkt der gegenkulturellen Bewegung erscheinen ließ. Unvergessen blieb dabei etwa Jimi Hendrix' musikalische Zerstörung der US-Hymne, die er immer wieder durch bombenartige Geräuschkulissen unterbrach. Geld machte da-

mit jedoch vor allem der Warner-Konzern, dessen Doku-Film „Woodstock“ gleichzeitig den Mythos Woodstock erst so richtig befeuerte. 50 Jahre später wollte Lang nun das Festival im großen Stil zurückholen. Diesmal scheiterte er jedoch schon beim Anlauf: Zwei Wochen vor dem Termin wurde das ganze abgesagt, weil es wieder zu schlecht vorbereitet war und drohte, wie das desaströs gescheiterte Fyre Festival 2017 zu enden.

Die SLP kandidiert in OÖ

Nach der tiefsten politischen Krise der 2. Republik mit Ibiza-Affäre, Platzen der Regierung und Neuwahlen stellt sich die Frage: Wie geht's weiter nach den Wahlen? Keine etablierte Partei zeigt eine Alternative oder echte Opposition zur Politik von Schwarz-Blau. Eine längst nötige, neue Arbeiter*innenpartei existiert noch nicht, sie muss erst aufgebaut werden. Wir haben uns entschlossen, eine Kandidatur in Oberösterreich auf die Beine zu stellen und den Wahlkampf für den weiteren Aufbau einer revolutionären, sozialistischen Partei zu nutzen. Denn nach der Wahl wird Widerstand in den Betrieben, Schulen, Unis und auf der Straße notwendig sein, gegen die kommende Regierung der Reichen, egal in welchen Parteifarben sie daherkommt.

Als Partei, die nicht im Parlament sitzt, mussten wir dafür die undemokratische Hürde von 400 Unterstützungserklärungen überwinden. Das bedeutet: 400 Wahlberechtigte mussten mit amtlichen Lichtbildausweis auf ihrer Hauptwohnsitzgemeinde ein selbst mitgebrachtes Formular vor einem Beamten unterschreiben, die Unterstützungserklärung wieder mitnehmen und uns zukommen lassen. Um das zu schaffen, mobilisierten wir unser persönli-

ches und politisches Umfeld – viele Kolleg*innen, auch Freund*innen und Mitkämpfer*innen, die uns von Kampagnen wie der Pride-Parade oder den Sozialbereichs-Streiks kennen, gingen unterschreiben. Außerdem sammelten wir in Linz 12 Tage lang jeweils 11 Stunden auf der Straße. Dabei haben wir die Menschen politisch angesprochen und erklärt, warum wir antreten wollen: Nicht weil wir glauben, ins Parlament kommen zu können, sondern um uns auf den Widerstand gegen die Kürzungen, Verschlechterungen und Spaltungsversuche der nächsten Regierung vorzubereiten. Nach 132 Stunden Kundgebung vorm neuen Rathaus, unzähligen Diskussionen, vielen guten Rückmeldungen, über 300 verkauften Zeitungen und dem einen oder anderen Sonnenbrand hatten wir die Hürde überwunden. „Weil ihr Vorschläge macht, wie wir den 12-Stunden-Tag bekämpfen können, und nicht nur sagts: ‚Wählts uns!‘, unterschreib ich für euch“ erklärte ein Passant.

Du hast unterschrieben? Danke! Du willst im Wahlkampf (und darüber hinaus) dabei helfen, eine sozialistische Alternative aufzubauen? Melde dich bei uns: 0650/99 22 617!

Nikolas Wagner



Die Veränderung sind wir – das war das Sommercamp 2019

Auch in diesem Jahr fand das SLP-Sommercamp wieder am Turnersee/Zablaško Jezero in Kärnten/Koroška

bis hin zu Berichten über soziale Bewegungen in verschiedenen Teilen der Welt. An zwei Abenden standen

Partisan*innenkampf eingeleitet wurde. Abseits des offiziellen Programms nutzten die Teilnehmer*innen

Mit dem erworbenen Rüstzeug wollen wir in den kommenden Monaten mit sozialistischen Forderungen in Bewegungen intervenieren.

statt. Von 18. bis 25. August nahmen 50 Interessierte aus sechs Ländern an mehr als 20 Arbeitskreisen und praktischen Workshops teil. Trotz des durchwachsenen Wetters war das Camp die perfekte Mischung aus Entspannung und politischer Schulung. Die Themen der Arbeitskreise reichten von der aktuellen Klimakrise, über Gegenwart & Geschichte der Arbeiter*innenbewegung,

spannende Podiumsdiskussionen, einerseits zum Zusammenhang von Kapitalismus & Klima, andererseits zu internationaler Solidarität in der Praxis, auf dem Programm. Neben inhaltlichen und theoretischen Themen fanden zudem praktische Workshops mit Rollenspielen und Re-detrainings statt, sowie ein Ausflug zum Peršmanhof, der mit einem Überblick zum slowenischen

die Möglichkeit, den See zu erkunden, Sport zu betreiben und sich zu vernetzen. Mit dem erworbenen Rüstzeug wollen wir in den kommenden Monaten in Bewegungen intervenieren. Wir werden weiterhin auf der Straße und auf Demos, in Betrieben und Gewerkschaften präsent sein und für eine wirkliche, eine sozialistische Veränderung in der Gesellschaft kämpfen!

Stefanie Klamuth

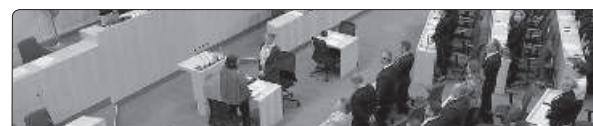
Keine Sommerpause!



Auch über den Sommer organisierten SLP-Aktivist*innen Straßenaktionen in Wien, um auf die Klimakrise aufmerksam zu machen und sozialistische Antworten vorzustellen. Bei Kundgebungen in Floridsdorf und bei der Lugner City war unser Transparent "Klima retten = Kapitalismus abschaffen" immer dabei. Auch die Schlagzeile der letzten VORWÄRTS-Ausgabe ("Die Reichen ins Schwitzen bringen!") kam gut

an – eine ältere Passantin meinte nur: "Richtig so! Bringt's sie ins Schwitzen!" Auch Jugendliche, die eigentlich zum Fundraiser für große NGOs da waren, interessierten sich mehr für unsere Ideen als für ihre Job-Vorgaben. Zahlreiche Diskussionen zeigten das hohe Interesse und die Bereitschaft, sich mit antikapitalistischen Ideen auseinanderzusetzen. Zu offensichtlich ist das Versagen des Kapitalismus angesichts der Klimakrise.

Andere über uns



POLITIK

Parteien für die Nationalratswahl stehen fest

Die Parteien, welche zur Nationalratswahl antreten, stehen fest. Neben den großen, üblichen Parteien, kandidiert in Oberösterreich auch die Sozialistische Linkspartei – auch

Wahlkämpfe sind Perioden gesteigerter politischer Aufmerksamkeit. Deswegen kandidieren wir, auch wenn wir uns keine Illusionen in einen Einzug ins Parlament machen. Medien wie der ORF berichten über unseren Antritt – dadurch lernen uns viele Menschen überhaupt erst kennen und haben die Möglichkeit, sich mit unseren revolutionären Ideen auseinanderzusetzen.



Klimakrise und Kapitalismus hängen untrennbar zusammen

Der im Oktober 2018 veröffentlichte IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change) schärfte das Bewusstsein für das, was bereits bekannt war: Die globale Erwärmung hat ein gefährliches Niveau erreicht. Die Zukunft der Menschheit in der Art und Wei-

wir alle gerne leben würden.

Die globale Erwärmung aufgrund des fortgesetzten Ausstoßes fossilen CO₂ führt zur Zunahme von Extremwetter-Ereignissen (Stürme, Überschwemmungen, Dürren). Mehr noch kommt es in Folge- und Wechsel-

möglich anpassen können. Es kommt durch Verwüstung und Meeresspiegelanstieg zum Verlust landwirtschaftlicher Anbauflächen, gerade auch in Regionen, die schon jetzt besonders unter der systematischen Ungerechtigkeit des vorherrschenden Wirtschafts-

nuklearer Abfälle, kann ganze Landstriche unbewohnbar machen. Wir sind mitten drin in einer globalen Umweltkatastrophe. Die Frage ist nicht, ob es schlimm wird, sondern in welchem Ausmaß.

Was genau hat das jetzt alles mit dem Kapitalismus zu tun?

Für die Kapitalist*innen ist die Natur eine kostenlose Quelle von Reichtum. Sie kann bei geschickter Gestaltung durch menschliche Arbeit riesige Profite für sie produzieren. Der Kapitalismus wird getrieben von der Notwendigkeit, Profit und mehr Profit zu machen. Alles wird zur Ware – einschließlich der gesamten Natur, inklusive des Menschen.

Das Konkurrenzsystem wird uns gerne als "innovationsfördernd" präsentiert: Das Gegenteil ist der Fall. Geforscht wird vor allem in Bereichen, die Profite versprechen. Forschungsergebnisse werden nicht aus-

getauscht, sondern durch Patente blockiert.

Produziert wird nur, was profitabel scheint. Es herrscht ein Chaos von Unter- bzw. Überproduktion – gemessen an dem, was bezahlt werden kann; nicht unbedingt an dem, was Menschen brauchen. Bedürfnisse werden teilweise künstlich erzeugt; Produkte gezielt kurzlebig produziert („geplante Obsoleszenz“). Alles geschieht in dem Bestreben, im Wettbewerb die Nase vorne zu haben.

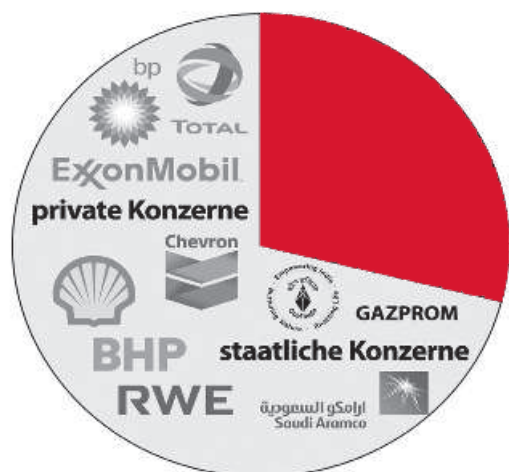
Dazu kommt noch, dass dem ganzen Wirtschaftssystem die Demokratie fehlt. Selbst dort, wo es Wahlen und Parlamente gibt, haben diese kaum Einfluss darauf, was und wie produziert wird. Die Wirtschaft folgt ihren eigenen kapitalistischen Regeln. So entscheidet eine kleine Minderheit von Kapitalist*innen weltweit über unsere Zukunft – nur angetrieben von ihren kurzsichtigen Profitinteressen.

Wir sind inmitten einer globalen Umweltkatastrophe. Die Frage ist nicht, ob es schlimm wird, sondern in welchem Ausmaß.

se, wie wir sie kennen, ist in Gefahr. Der berühmte Satz von Rosa Luxemburg, dass wir entweder mit "Sozialismus oder Barbarei" konfrontiert sind, bekommt eine neue Bedeutung. In diesem kapitalistischen System wird die Zukunft der Menschheit mehr mit Mad Max, Walking Dead oder anderen postapokalyptischen Szenarien gemeinsam haben als mit einer Welt, in der

wirkung zum dauerhaften Verlust der polaren Eismassen und dem Abtauen der Permafrost-Böden. Der Meeresspiegel steigt, die Ozeane (tatsächlich die größten „Lungen“ der Erde) versauern. Zusätzlich schwimmen unfassbare Mengen Plastikmülls darin. Lebensräume verändern sich in einem derart hohen Tempo, dass sich die betroffenen Lebewesen nur schwer bis un-

systems leiden müssen. Der Kampf um Ressourcen wie (Trink-)Wasser nimmt zu. Das Artensterben beschleunigt sich und die Verschiebung der Klimazonen lässt eine Vielzahl von Krankheiten ausbreiten. Gigantische Fluchtbewegungen über die bereits gegenwärtigen hinaus werden mittel- und unmittelbar auf allen Kontinenten stattfinden. Müll, inklusive

CO₂-Emissionen: 100 Konzerne verursachen 71%

Quelle: Carbon Majors Report 2017, utopia.de

Grafik: SH

© SLP 2019

Zahlen und Fakten

➤ **Ein Sommerloch** gibt es auch im Jahr 2019 für den Klimawandel nicht, außer eventuell jenem, das aufgrund der Brände in den Wäldern der Arktis und in Sibirien zurückbleibt. Doch neben den fatalen ökologischen Folgen des steten Temperaturanstiegs der letzten Jahre wird auch die soziale Frage immer brennender:

➤ **Im Februar 2019** wurde durch eine Studie erstmals statistisch dargelegt, dass Migration und immer schwerwiegenderer Klimawandel ursächlich in Verbindung stehen. Wo ein Temperaturanstieg zu verbreiteter Dürre und Wassermangel führt, sind Konflikte um bis zu 14% wahrscheinlicher als in vergleichbaren Gebieten. Ein Beispiel ist Syrien, das zwar durch den Krieg der letzten Jahre traurige Bekanntheit erlangte, doch dessen sozio-ökonomische Struktur auch maßgeblich durch den Einfluss von Ernteausfällen unter Druck geriet.

➤ **Auch hierzulande** hat die Klimakrise längst unsere Arbeitsplätze erreicht. Gerade Jobs, die nicht in klimatisierten Büros vonstattengehen (eine umfangreiche Studie hat 90% der Büros als zu heiß im Sommer eingestuft), sind von einer Erhitzung um wenige Grad schon massiv betroffen. So verstarb Mitte Juni in Österreich ein Bauarbeiter im

Burgenland an den Folgen der Überhitzung.

➤ **Die Auswirkungen** des Klimawandels auf das Eis der Polarkappen und die damit rasant zunehmenden Meeresswassermassen sind beträchtlich: Vergleicht man 1992–2001, betrug die Eisschmelze der Antarktis 30 Gigatonnen pro Jahr. Zwischen 2005 und 2012 lag sie schon bei 147 Gigatonnen (spätere Einschätzungen lagen sogar bei 360). Das führt dazu, dass Küstengebiete unbewohnbar werden. Die Hauptlast für diese Problematik werden vor allem Menschen aus ärmeren Gebieten und sozialen Verhältnissen tragen. So schreibt auch der UN-Sonderbericht-erstatte Alston, dass hunderte Millionen Menschen bis 2030 in die Armut getrieben werden, wenn nicht sofort Initiative ergriffen wird.

➤ **Die Agrarproduktion** ist empfindlich auf den Klimawandel: 2017 waren 34 der 51 Nahrungsmittelkrisen wesentlich klimabedingt. In Deutschland sanken 2018 die Getreideerträge wegen der Hitze um 16% (im Norden sogar um bis zu 31%) (Oxfam, 2019). Veränderte Wachstumsbedingungen von Pflanzen werden sich auf die Erträge negativ auswirken und, vor allem in Asien und Afrika, zu Hunger und Armut führen.

Klima retten = Kapitalismus abschaffen!

2015 haben 196 Staaten in den "Pariser Klimaverträgen" beschlossen, Maßnahmen zu setzen, um die Erderwärmung bei ca. 1,5° Celsius halten zu können. Aktuelle Erkenntnisse der Polarforschung deuten darauf hin, dass selbst damit der langfristige To-

vor allem nötig. Produkte könnten langlebiger und solider gebaut werden. Firmen könnten sehr genau planen, was gebraucht wird. Eine solche Planung – wenn sie demokratisch organisiert in der gesamten Wirtschaft und nicht nur in konkurrierenden

Um den Planeten Erde für die Menschheit noch halbwegs zu erhalten,....

talverlust des Grönland-Eises nicht gesichert sein dürfte. Nichtsdestotrotz: Um innerhalb einer solchen "+2°C-Welt" bleiben zu können, müsste der fossile CO₂-Ausstoß sofort und nicht erst "in der Zukunft" massiv zurückgefahren werden.

Es mangelt nicht an Ideen und Konzepten. Die grundlegenden Techniken, um Energie aus direkter Sonneneinstrahlung, Wind, Wasserkraft und Biomasse zu nutzen, sind seit Jahrzehnten bekannt. Alle relevanten Anwendungen sind bereits verfügbar. Es bräuchte auch keine Übergangstechnologien mehr. Die heute erzielbaren Wirkungsgrade und Kosten-Nutzen-Rechnungen sind tief beeindruckend. Die diversen Schwachstellen und Kinderkrankheiten von Systemen der erneuerbaren Energieträger gehören der Vergangenheit an.

Die Förderung des öffentlichen gegenüber dem privaten Verkehr wäre ebenso möglich und

Firmen geschehen würde – könnte Unter- und Überproduktionen verhindern. So müssten keine Nahrungsmittel mehr weggeworfen werden. Die neuesten Technologien könnten eingesetzt werden, um Energie zu sparen. Dass all das nicht angegangen wird, hat seine Gründe im herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.

Die jetzige Wirtschaft läuft gleichzeitig geplant und chaotisch ab. Die einzelnen Unternehmen planen intern sehr genau, aber ohne sich mit anderen zu koordinieren. So kommt es zu Engpässen oder Überschuss. Es wird auch nicht geschaut, was tatsächlich gebraucht wird, sondern was profitabel verkauft werden kann. Und bei den Kosten berücksichtigen Unternehmen immer nur die unmittelbaren Produktionskosten, während die Folgekosten für die Gesellschaft auf eben diese abgewälzt werden. Der Kapitalismus ist offensichtlich nicht in der Lage,

die Umwelt zu retten und angesichts der Klimakrise entsprechend radikal zu handeln. Er kann es nicht, da er sich selbst in Frage stellen müsste.

Um den Planeten für die Menschheit noch halbwegs zu erhalten, müssen wir ihn vor dem Kapitalismus retten. Denn wenn nur 100 Unternehmen weltweit für mehr als 70% des Treibhausgas-Ausstoßes seit 1988 verantwortlich sind, zeigt dies, dass unser Bemühen sinnlos sein wird, wenn sich dort nichts ändert. Es ist letztlich alles eine Frage, wem die Wirtschaft gehört. Damit wir sicherstellen können, dass die Wirtschaft so funktioniert, wie es für Mensch und Natur sinnvoll und erträglich ist, muss sie uns gehören. Wir brauchen die Enteignung der großen Konzerne und ihre Überführung in Gemeineigentum. Wenn sie uns – der gesamten Gesellschaft – gehören, dann müssen und können wir auch entscheiden, was in welcher Menge und wie produziert wird. Dazu brauchen wir demokratische Strukturen, die die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft durchdringen. Das geht weit über den bürgerlichen Parlamentarismus hinaus. Eine solche sozialistische Gesellschaft könnte sowohl nachhaltig produzieren als auch Armut, Krieg und Elend wirkungsvoll zurückdrängen.

In einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der wir alle mitentscheiden, wären effektiver Um-



welt- und Klimaschutz möglich, weil es keine Klasse an Ausbeuter*innen mehr gäbe, die ein Interesse an der Zerstörung des Planeten für Profit hat. Wir können einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs sichern und so den Privatverkehr weitgehend unnötig machen. Wir können Jobs in Wohnnähe (oder nachhaltigen Wohnraum in Jobnähe) schaffen,

ne leugnen (oder sogar als positiv erklären), oft als modernisierungsfeindlich dargestellt. Ja, es gibt mitunter diese Umweltaktivist*innen, die meinen, dass wir wieder auf vorindustrielle Lebens- und Produktionsweisen zurückkehren sollten. Das ist nicht nur unrealistisch, unter anderem weil die Infrastruktur der Industriegesellschaft er-

beutung langfristig abgeschafft werden können. Verzichten müssen v.a. jene, die jetzt unverschämt reich sind und auf Kosten anderer leben. Aber auch unser aller Leben wird sich verändern. Ohne Dauerwerbung der Modeindustrie, der Telekomindustrie, ohne Betrug der Autoindustrie werden wir andere Dinge wertschätzen als den Kauf von ständig neuer Kleidung sowie neuen Autos und Handys. Ohne profitorientierte Tourismusindustrie, die uns einredet, ständig von A nach B jetten zu müssen oder sich auf ein Kreuzfahrtschiff zu pferchen, können wir Arten zu Reisen und Urlaub machen entwickeln, welche unser Bedürfnis nach dem Erkunden des Planeten mit dessen Bedürfnissen miteinander in Einklang bringen. Wenn wir in diesem Zusammenhang von "Wachstum" sprechen, dann meinen wir etwas ganz anderes als die Kapitalist*innen. Für sie bedeutet es immer, um des Profites wegen mehr zu produzieren und dafür Mensch und Umwelt auszubeuten. Wir meinen ein Wachstum an Lebensqualität: gesundes Essen und Umwelt, stressfreies und selbstbestimmtes Arbeiten ohne langes Pendeln, soziale Sicherheit und Möglichkeiten für Freizeitgestaltung.

Mit einer sinnvollen Planung und dem Einsatz aller technischen Möglichkeiten wird es möglich sein, dass jeder Mensch auf dem Planeten ein gutes Leben hat, ohne dass dabei der Planet zerstört wird.

... müssen wir ihn vor dem Kapitalismus retten.

somit langes Pendeln verhindern und mehr Freizeit schaffen. Wir können unnötige oder schlechte Produkte durch langlebige und nachhaltige ersetzen. Wir können alle technischen Möglichkeiten nutzen und neue schaffen, um Energie zu sparen, Schadstoffe zu reduzieren, ökologischere Produkte oder Produktionsabläufe einzusetzen, die derzeit aus Profitgründen in den Schubladen bleiben. Nur auf der Grundlage einer demokratischen Planung in einer von echter Demokratie durchdrungenen Gesellschaft besteht die Chance, dass wir weltweit mit den Folgen des Klimawandels halbwegs zurecht kommen werden. Langfristig können verursachte Schäden teilweise wieder verringert werden, wenngleich auch vieles nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Umweltschutz wird gerade von Rechten, die den Klimawandel ger-

halten werden muss, um Katastrophen während ihres Verfalls zu verhindern, sondern auch schlichtweg nicht wünschenswert. Saubere Spitäler, die Möglichkeit zu reisen, warme Wohnungen, gute Ernährung, das Internet etc... Auf all das wollen wir zu Recht nicht verzichten. Ein Leben in Würde, wo alle unsere Grundbedürfnisse gestillt sind, ist unser aller Recht. Wir sind für eine Gesellschaft, in der alle Menschen haben, was sie brauchen. Damit meinen wir aber nicht, dass alle mit dem SUV herumfahren oder noch mehr Wegwerfprodukte erzeugt werden.

Die Antwort auf die Frage, ob Menschen in einer demokratischen, ökologischen, sozialistischen Gesellschaft auf etwas verzichten müssen, lautet also: Ja und Nein. Für die Mehrheit der Menschen wird eine solche Gesellschaft eine deutliche Verbesserung ihres Lebens bringen, weil Hunger, Krieg und Aus-



Marx aktuell

Wer im Rahmen kapitalistischer Logik denkt, kommt rasch auf die Idee, die Wirkungsweise des Kapitalismus zu nutzen, um diesen zum ökologischeren Handeln zu motivieren. Dazu gehören Konzepte wie Emissionshandel und Ökosteuern. Das Problem: im Kapitalismus funktioniert das nicht! Der Emissionshandel ist als das marktwirtschaftliche Instrument zur Reduzierung von Treibhausgasen angepriesen worden. 1997 einigte man sich in Kyoto auf eine Vereinbarung zum Emissionshandel für CO₂ – doch das ganze scheiterte, weil es Firmen Wettbewerbsnachteile brachte und daher von „ihren“ Staaten praktisch ausgehebelt wurde. Die Herrschenden gerade in großen imperialistischen Staaten wie den USA oder Russland sabotieren – wie beim Emissionshandel – Maßnahmen zur "Klimawende" zugunsten der entsprechenden einflussreichen

Grüner Kapitalismus – eine Unmöglichkeit

Konzerne und dem angeblichen "nationalen Interesse".

Abgesehen von massivem Betrug gab es von Anfang an Schlupflöcher und Sondergenehmigungen und die Obergrenzen waren moderat. Für die Firmen war es also ein leichtes (und billig) auch weiterhin CO₂ auszustoßen. Die Kosten werden ähnlich wie bei Ökosteuern einfach auf die Konsument*innen abgewälzt, die mehrheitlich ohnehin schon mit dem Druck von Sozialkürzungen und sinkenden Löhnen zu kämpfen haben. Der sogenannte „Lenkungseffekt“, den Ökosteuern eventuell und auch nur in beschränktem Ausmaß haben, ist außerdem oft ein unsozialer, weil zusätzliche Steuern Menschen mit niedrigem Einkommen weit stärker treffen, diese aber trotzdem oft nicht die Möglichkeit haben gesündere bzw. nachhaltigere Produkte zu verwenden.

Das grundlegende Problem ist die Konkurrenz: Beginnt ein Konzern, wirklich umweltfreundlicher zu wirtschaften, hat er im Wettbewerb Nachteile. Das kann sich kein Unternehmen auf Dauer leisten. Die Folge ist der "Öko-Schmäh" des „Green Capitalism“ (Betrug mit scheinbarer Nachhaltigkeit usw.).

Der erste, der diesen Widerspruch in all seiner Klarheit wissenschaftlich fasste, war Karl Marx. In seinem Hauptwerk „Das Kapital“ beschreibt er die inneren Bewegungsgesetze des Kapitalismus. Diese treiben ihn dazu, auf der Jagd nach Profit ständig zu wachsen und dabei seine eigenen Grundlagen zu zerstören: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Karl Marx: Das Kapital, Band 1, 1867)

Marx zeigte auf, wie der Kapitalismus den Stoffwechsel zwischen Mensch und Umwelt beschädigt und warnte vor den katastrophalen Folgen. Kein Wunder also, dass in der aktuellen Klimabewegung immer mehr Aktivist*innen auf der Suche nach Analysen und Antworten, die der Tiefe der Klimakrise gerecht werden, auf Marx stoßen.

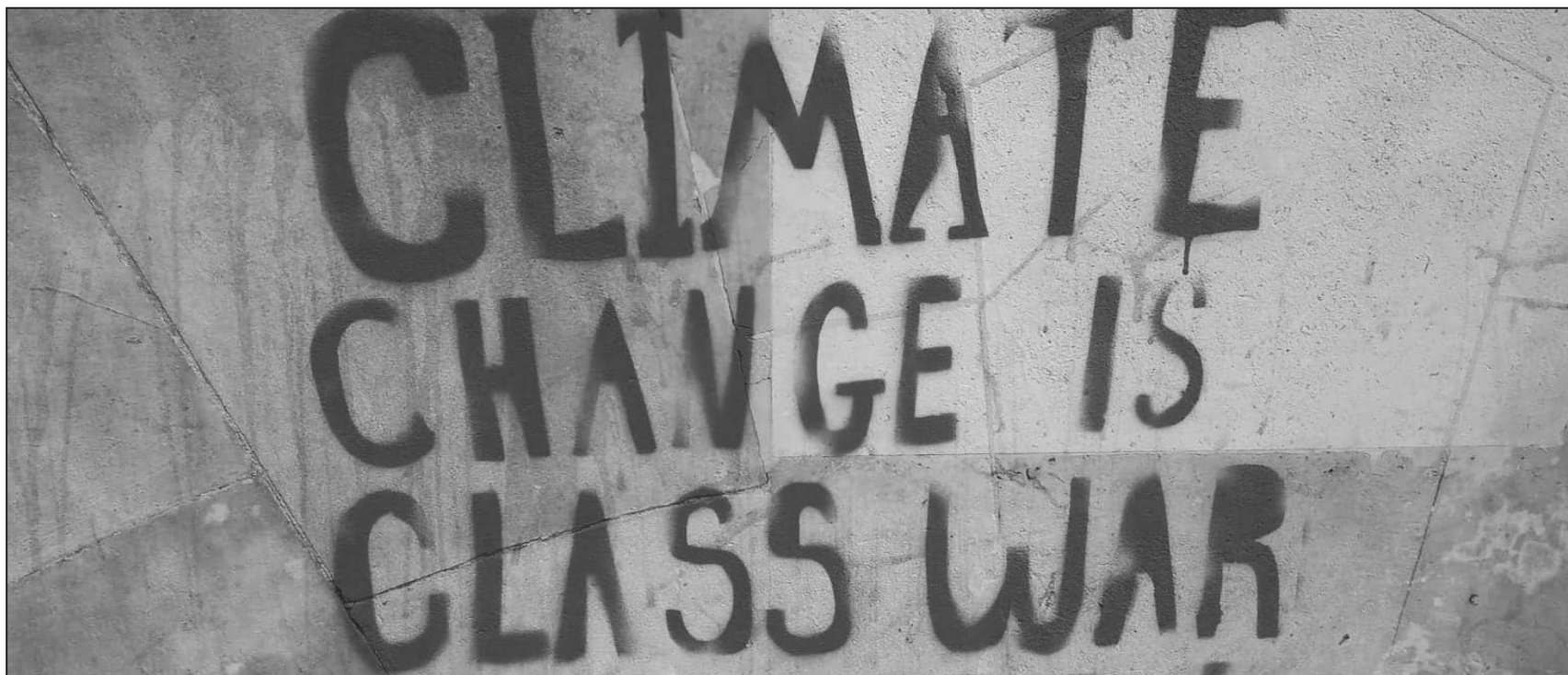
Zum Weiterlesen

"Können wir die Welt noch retten?"

20 Fragen und 20 Antworten"

2 €, bestellen unter slp@slp.at

Neue Broschüre der SLP, die sich mit den brennendsten Fragen der Klimabewegung beschäftigt und eine sozialistische Perspektive entwickelt.



Klimaschutz heißt Klassenkampf

Müll trennen, Mehrwegflaschen verwenden, viel zu Fuß gehen, mit Öffis oder dem Rad fahren, auf Fleisch verzichten, Strom sparen und vieles mehr: Nichts ist falsch daran, sich zu bemühen, einen sorgsamsten Umgang mit anderen und der Natur zu haben. Aber es muss uns dabei immer klar sein, dass die Veränderung unseres individuellen Verhaltens bestenfalls der berühmte Tropfen auf den

die NGO deines Vertrauens macht sich dafür stark, dass die Welt ein bisschen länger durchhält. Aber am grundlegenden Problem der kapitalistischen Profitwirtschaft wird nicht gerüttelt.

Es ist wichtig, wenn Wissenschaftler*innen und Promis ihre Stimme erheben; aber es braucht vor allem die "normalen" Menschen, die nach dem Erkennen des Problems eine gemeinsame Strategie

entwickeln, wie sich die Situation nachhaltig verändern lässt. Die Wirtschaft funktioniert nicht ohne die Arbeiter*innen. Wenn wir nicht arbeiten, dann steht alles. Die Arbeiter*innen, also alle, die in Betrieben, in Büros, in Supermärkten, in Schulen, im Gesundheitswesen usw. arbeiten, sind eigentlich die stärkste Macht in der Gesellschaft. Die größten Verbesserungen der letzten Jahrzehnte wurden erreicht, als Arbeiter*innen und ihre Organisationen, Gewerkschaften und die damaligen Arbeiter*innenparteien darum gekämpft haben.

Es stimmt, dass die Gewerkschaften in Österreich und auch international bei Umweltbewegungen meist auf Seite der Betonierer*innen, der Umweltzerstörung gestanden sind. Als 1984 die Hainburger Au besetzt wurde, war es ausgerechnet die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH), die am aggressivsten gegen die „Ökos“ auftrat. Auch bei den Protesten gegen das neue Mur-

Während sie kein Konzept haben und keinen echten Kampf führen, um Stellenabbau und Privatisierungen zu stoppen, hoffen sie auf Jobs durch Großprojekte. Es gibt auch jene in der Gewerkschaftsführung, die argumentieren, dass auch Umweltschutz Jobs schaffen kann. Doch das Argument ist nicht viel besser. Das Problem mit der Gewerkschaftsführung ist, dass ihre ganze Argumentation sich innerhalb der kapitalistischen Logik bewegt. Um aber die Interessen der Mitglieder und der Arbeiter*innenklasse als Ganzes wirklich nachhaltig zu vertreten, braucht es einen Bruch mit dieser starren, profitorientierten Logik.

Gewerkschaften sind jene Organisationen, die potentiell die Macht haben, große Kämpfe und Streiks der Arbeiter*innen zu organisieren. Solche Maßnahmen brauchen wir, um dieses zerstörerische System und seine Profiteure aufzuhalten und die Wirtschaft umzuorganisieren. Um das zu erreichen, braucht es aber auch eine starke gewerkschaftliche Linke, demokratische Strukturen in den Gewerkschaften und einen Bruch mit der SPÖ (und den anderen etablierten Parteien).

Ja, es geht darum, was jede*r Einzelne tun kann. Jede*r Einzelne kann etwas zur Veränderung beitragen, wenn er/sie sich mit anderen zusammenschließt und langfristig Widerstand organisiert, um das System, das für die Klimakatastrophe verantwortlich ist, zu stürzen. Wir brauchen eine neue, echte sozialistische Partei, welche die Kämpfe und Interessen von Arbeiter*innen und Jugendlichen bündelt. Die SLP steht als revolutionäre Partei für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Wir arbeiten auch mit am Aufbau einer solchen breiten neuen Arbeiter*innenpartei mit demokratischen Strukturen und einem sozialistischen Programm als Motor für diesen Kampf. Und wir sind Teil einer internationalen sozialistischen Organisation – weil der Klimawandel und der Kapitalismus nur gemeinsam und nur international bekämpft werden können! Der Aufruf zu einem "Generalstreik" für das Klima im September 2019 kann eine weitere Etappe im Kampf sein. Wir werden uns an der Gestaltung dieses Protesttags beteiligen, um über ein sozialistisches Programm, demokratische Strukturen und eine Kampfstrategie zu diskutieren und zu kämpfen. Werde auch du mit uns aktiv!

*Statt auf Promis oder NGOs zu setzen, müssen wir auf unsere kollektive Stärke als Arbeiter*innen vertrauen.*

immer heißer werdenden Stein ist. Wir brauchen Lösungen auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene.

Auf die etablierten Parteien können wir uns dabei nicht verlassen, soviel ist klar. Sie haben ihre Chance gehabt – und versagt. Verschiedenste NGOs (Nichtregierungsorganisationen), von Greenpeace über den WWF bis hin zum Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), entstanden nicht zuletzt als Reaktion auf dieses Versagen. Doch letztendlich können diese Organisationen keine Lösungen anbieten außer (überspitzt gesagt): Spende ein paar Euro, beruhige damit dein Gewissen und

gewerkschaften und die damaligen Arbeiter*innenparteien darum gekämpft haben.

kraftwerk sowie gegen die 3. Piste am Flughafen Wien wird versucht, die Interessen von Arbeiter*innen gegen den Umweltschutz auszuspielen.

Doch es sind gerade Arbeiter*innen, die unter der Zerstörung der Umwelt besonders leiden: Gifte am Arbeitsplatz, verschmutzte Naherholungsgebiete, Wohnen an der Durchzugsstraße. Jobs werden durch den Kapitalismus und seine Krisen vernichtet, nicht durch Umweltschutz-Maßnahmen. Aber die Gewerkschaftsführung folgt oft der Logik der Unternehmen, die behaupten, dass Umweltschutz Jobs vernichten würden.

Wenn Schule tötet

„Über den Sinn und Zweck der berüchtigten ‚Wohlfühl-Schule‘ kann man lange diskutieren, wovon man jedoch nicht diskutieren kann ist, dass dein momentaner Umgang mit deinen Besuchern, Schüler wie auch Lehrer, echte Leben kostet [...], dass seit meinen fünf Jahren hier bei dir sich mindestens vier Personen selbst das Leben genommen haben.“ So Thomas Neuner bei seiner Maturarede über die Zustände an der HTL Wels. Tatsächlich sind Selbstmorde unter Jugendlichen ein zunehmendes Problem – unabhängig von Tote Mädchen lügen nicht. Es ist die zweithäufigste Todesursache bei Erwachsenen unter 25. In Österreich haben 18.000 Jugendliche Selbstmordgedanken.

Jeder Selbstmord hat auch individuelle Gründe. Doch die Zunahme stressbedingter psychischer Erkrankungen bei Jugendlichen zeigt einen Zusammenhang mit steigendem Stress im Bildungssystem auf. Besonders häufig treten Angststörungen und Depressionen auf. Ein Drittel der Jugendlichen ist akut Burnout-gefährdet.

Die „Reformen“ der letzten Jahre erhöhten die Belastung an den Schulen: Überfüllte Klassen und Lehrpläne einerseits, kon-

stanter Mangel an pädagogischem, sozialem und psychologischem Unterstützungspersonal andererseits. Für Schüler*innen vergeht kaum ein Schultag ohne Stress und Angst.

Gleichzeitig herrscht ein Gefühl der Sinnlosigkeit. Neuner nennt es einen Faustschlag, „wenn man realisiert, dass man sich sämtlichen Stoff des heutigen Schultages in der halben Zeit selbst im Internet erarbeiten hätte können.“ Im Kapitalismus ist das Ziel der Bildung nicht, uns selbst zu kritisch denkenden Menschen zu bilden. Der Leistungsstress soll uns disziplinieren, damit wir in der Wirtschaft bestmöglich verwertbare kleine Rädchen werden. Wer das nicht mitmachen kann oder will, bleibt auf der Strecke. Das führt zu Burnout, Depression, Missbrauch leistungssteigernder Drogen, Selbstverletzung und, mit anderen Faktoren, schlimmstenfalls zum Selbstmord.

Wir brauchen Schulstreiks fürs Klima auch an der Schule: gegen Leistungsdruck und soziale Aussortierung. In solchen Bewegungen erkennen wir auch, dass wir nicht alleine sind – sondern gemeinsam mit anderen ein besseres Leben erkämpfen können.

Manuel Schwaiger



Safe Spaces reichen nicht

Sexistisches Verhalten und Übergriffe sind auf Musik-Festivals ein häufiges Problem.

Wir wollen nicht nur sichere Räume, sondern das ganze Gebäude.

Viele Festival-Betreiber reagieren darauf zunehmend mit der Bereitstellung von sogenannten „Safe Spaces“.

Historisch geht der Begriff zum einen auf die Schwulen- und Lesbians der 60er zurück, die damals häufig die einzigen Orte waren, an denen Menschen ihre Sexualität offen leben konnten. Zum anderen wurde der Begriff

zu der Zeit von feministischen Gruppen geprägt. Für sie waren Safe Spaces Räume, um sich auszutauschen

und auch, um sich politisch zu organisieren. Das war auch eine Reaktion auf das mangelnde Bewusstsein in der Linken und etablierten Arbeiter*innenbewegung.

Es ist sinnvoll, sichere Räume zu schaffen, in denen versucht wird, die Unterdrückungsmechanismen dieser Gesellschaft nicht eindringen zu lassen. Wenn sich solche Strukturen aber nur nach „innen“

wenden, gerät das „draußen“ leicht aus dem Blickfeld. Festivalveranstalter können dann zu „Pausenräumen“ zurechtgestutzte Safe Spaces einrichten, ohne sich dann um weiterführende Konzepte wie Ansprech-Teams kümmern zu müssen, die auf dem ganzen Gelände bei sexistischen Vorfällen eingesetzt werden – und damit den „Betrieb stören“ könnten.

Sexismus und andere Unterdrückungsformen müssen aber in der ganzen Gesellschaft bekämpft werden – besonders Gewerkschaften sind daher gefordert, sich in Schulen und Betrieben gegen Diskriminierung einzusetzen.

Philipp Chmel

Warum ich SLP-Mitglied geworden bin

Vor zwei Jahren hätte ich es für einen schlechten Scherz gehalten, hätte mir jemand gesagt, dass ich mal einer politischen Partei beitreten würde. Für mich war Politik ein Unwort, weil politische Diskussionen in meiner Familie immer in Geschrei endeten. Mein Bild von Politik war sinnloses Streiten. Damit wollte ich nichts zu tun haben. In der Schule diskutierte ich aber gern ausführlich über alles und

jeden. Bei meinem ersten SLP-Treffen wurde mir dann klar, wie eine demokratische politische Diskussion auszusehen hat. Ich habe mich sofort darin verliebt, mit Gleichgesinnten auf Augenhöhe zu diskutieren. Vor allem Debatten über das Thema Gleichberechtigung liegen mir als Frau, die Teil der LGBTQIA+-Community ist und schon um die ganze Welt gereist ist, persönlich sehr am Herzen. Es hat ein

bisschen gedauert bis mir klar wurde: All meine Meinungen sind schön und gut, sie müssen aber auch realisiert werden. Dafür ist die SLP eine perfekte Anlaufstelle. Hier werden wichtige Themen, die unsere Gesellschaft beschäftigen, nicht nur aus einem sozialistischen, antikapitalistischen Blickwinkel diskutiert, sondern auch Taten gesetzt, wie man bei der Pride in Linz gesehen hat.

Tina, 19, Studentin

Held*innen des Monats



Ryanair-Pilot*innen: „Piloten ist nichts verboten“ – außer gewerkschaftliche Organisation und angemessene Löhne, wenn es nach Ryanair-Chef Michael O’Leary geht. Dagegen streikten nun Ryanair-Pilot*innen in Irland, weitere Streiks anderer Beschäftigter in Britannien und im spanischen Staat sind in Vorbereitung.



Hongkong: Massenbewegung fordert Regime heraus

Seit Juni kommt Hongkong nicht zur Ruhe. Die Massenproteste entzündeten sich an dem geplanten Auslieferungsgesetz der Regierung von Carrie Lam, welches dem chinesischen Regime weitreichende Möglichkeiten zur Verfolgung unliebsamer Oppositioneller garantieren sollte. Die darauffolgende Polizeigewalt hat die Proteste bestärkt, sodass zeitweise über zwei

Millionen Menschen an den Protesten teilnahmen. Am 11. August wurde eine junge Demonstrantin von einem Gummigeschoss im Auge getroffen und geblendet. Polizeiagent*innen haben im Stadtteil Tung Lo Wan als Demonstrant*innen verkleidet ein Feuer gelegt, um weitere Verhaftungen der Opposition und des als „Krawall“ verunglimpften Massenkampfes zu rechtfertigen. Dies ist nur die

der Ablehnung von Gewalt bei, wie sie gestern Abend in der Besetzung des Legco zum Ausdruck kam.“ Legco (Legislative Council) ist das Marionettenparlament von Hong Kong. Am 1. Juli wurde es von einer Gruppe von etwa 200 Jugendlichen gestürmt.

Neben Polizei und KPCh sind die Hauptgegner*innen des Kampfes die sogenannten Triaden, kriminelle

meisten Massenbewegungen in dieser Zeit, oft konfus und widersprüchlich. Manche hoffen auf Hilfe von Trump, andere nehmen sich die französischen Gelbwesten zum Vorbild. Die Dynamik der Bewegung zeigt aber, dass es die Arbeiter*innenklasse ist, die bereit ist, den Kampf um demokratische Rechte am konsequentesten zu führen: Alle Fraktionen des Kapitalismus haben Angst vor echter Demokratie. Nur die Arbeiter*innenklasse hat ein uneingeschränktes Interesse an vollen demokratischen Rechten, das nicht vor Profitinteressen Kehrt macht. Und nur sie ist in der Lage, durch ihre Kampfmethoden echte Demokratie zu erkämpfen: Streiks und Besetzungen können die Basis für Räte bilden – revolutionäre und demokratische Organe, durch welche die Wirtschaft von den Beschäftigten selbst und im Interesse von Mensch und Natur, nicht von Profit, demokratisch geplant werden kann.

Leider war der Generalstreik, dem sich 350.000 Arbeiter*innen aus den meisten Branchen angeschlossen haben, nur unzureichend koordiniert, da sich die Gewerkschaften entweder nur verbal solidarisierten oder sogar, wie im Fall der Peking-freund-

lichen gelben Gewerkschaft FTU, den Streik verurteilten. Auch die Streikenden wurden von Bänden mit Holzstangen angegriffen. Allerdings wehrten sie sich und die Bandenmitglieder wurden zurückgeschlagen. Zentral für die Umsetzung der Ziele der Proteste ist daher, das steigende Bewusstsein für die Bedeutung des Instruments des Streiks zu nutzen – eine verschüttete Tradition, die in der aktuellen Situation wiederentdeckt wird. Dafür müssen schlagkräftige, demokratische und kämpferische Gewerkschaften geschaffen werden, aber auch Strukturen, um sich gegen die Gewalt von Polizei und Triaden zu schützen.

Die Partei und Xi Jinping werden alles versuchen, um den Eindruck zu vermeiden, dass sie und ihre Marionetten durch Proteste und Streiks gestoppt werden können. Die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Eingreifens durch die chinesische Armee ist zwar zurzeit gering, aber nicht ausgeschlossen. Die Revolution kann daher nur erfolgreich sein, wenn sie in die Volksrepublik getragen wird.

Sozialistische Aktion,

Schwesterorganisation der SLP in China, Hongkong und Taiwan

www.chinaworker.info

30 Jahre nach dem Massaker auf dem Tiananmen erlebt Hongkong die größten Proteste seit 1989.

Millionen Menschen an den Protesten teilnahmen. 2003 genügte bereits eine Demonstration mit 500.000 Teilnehmer*innen, um den damaligen Regierungschef Tung Chee-hwa zu stürzen und den „Artikel 23“, ebenfalls ein repressives Polizeigesetz, zu verhindern. Der Fall der verhassten Regierung Lam ist daher nur eine Frage der Zeit.

Der Mythos der unsiegbaren „Kommunistischen“ Partei Chinas droht damit zusammenzubrechen. In Hongkong versucht die Regierung, zusammen mit der Spitze der chinesischen Diktatur, durch die schleichende Anwendung des Kriegsrechts die Proteste zu unterbinden, Demonstrationen zu verbieten und die Bevölke-

Spitze des Eisberges der Polizeigewalt.

Die Tycoons der kapitalistischen Metropole Hongkong stehen mehrheitlich auf der Seite der „Kommunistischen“ Partei Chinas. Einige sind Parteifunktionär*innen wie der CEO des Finanzunternehmens Newpower David T. C. Lie, der das Eingreifen der chinesischen Armee zur Niederschlagung der Proteste gefordert hat. Der Unternehmensverband American Chamber of Commerce (AmCham) in Hong Kong schrieb in einer Presseausendung „Die AmCham Hongkong unterstützt das Recht der Hongkonger Bevölkerung, friedlich ihre Sorgen auszudrücken. Allerdings stehen wir Regierungschefin Carrie Lam in

Banden, die auch als „chinesische Mafia“ bezeichnet werden. Am 21. Juli griff in der U-Bahn-Station Yuen Long eine Bande, uniformiert in weißen Hemden, eine Gruppe Protestierender an und verletzte 45 Personen. Daraufhin protestierten Verwaltungsangestellte im Netz gegen die korrupte Regierung und deren Zusammenarbeit mit kriminellen Gruppen, die für die Regierung mit faschistischen Methoden gegen die Opposition vorgehen.

Der Generalstreik am 5. August war auch eine Reaktion auf diese Form der Gewalt gegen die Demokratiebewegung. Das Bewusstsein der protestierenden Massen ist, wie bei den aller-

EU goes „feminist“ ?!

Mit Ursula von der Leyen, Christine Lagarde und Kristalina Georgiewa hat das vereinigte europäische Kapital nun erstmals auch Frauen an seiner Spitze. Viele liberale Feminist*innen und bürgerliche Medien feiern dies als großen Fortschritt. Doch dies ist kein Erfolg für Frauenrechte, sondern eine Farce, die von der eigentlichen Kürzungspolitik der EU ablenken soll, die insbesondere Frauen trifft. Die Vergangenheit von Von der Leyen, Lagarde und Georgiewa zeigt klar, dass ihre Politik im Interesse des Kapitals steht und Frauenrechte angreift. Studien zeigen, dass Armut und Arbeitslosigkeit aufgrund des EU-Kürzungsdiktats rasant gestiegen sind. In Griechenland führte das zu einem Anstieg der Prostitution um 150% zwischen 2013 und 2015. Noch immer sind 23,3% der Frauen in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Von der Familienministerin Von der Leyen hatten geringverdienende Frauen gar nichts. Leeren Worten über den Ausbau der Kinderbetreuung folgten keine Taten – kein Wunder bei einer Ministerin, bei der zuhause „immer ein Kindermädchen da war“. Dafür vertrat sie in

ihrer Rolle als Verteidigungsministerin die Interessen des Kapitals in neokolonialen Ländern sorgsam – auf Kosten der lokalen Bevölkerung und insbesondere Frauen. Und die neue EZB-Chefin? Lagarde wurde 2016 schuldig gesprochen, weil sie als Finanzministerin ermöglicht hatte, dass sich ein Unternehmer 400 Millionen Euro an öffentlichen Geldern unter den Nagel riss. Auch ihr stehen ihre Klassenbrüder näher als ihre Geschlechtsgegensinnen.

Die Europäische Union als solche steht für keinen Feminismus außerhalb einer kleinen bürgerlichen Elite. Sie vertritt die Interessen des europäischen Kapitals und ihre Politik trifft insbesondere Frauen aus den untersten Schichten. Der neue „pinke Anstrich“ mit Frauenquoten in Dax-Vorständen und Kapitalvertreterinnenposten soll die tatsächliche Politik der EU und ihre realen Folgen verschleiern. Doch Profitinteressen sind nicht mit einem wirklichen Feminismus für die Mehrzahl aller Frauen vereinbar, der tatsächlich für ihre Rechte und Bedürfnisse einsteht!

Celina Brandstötter



USA: Sozialistin gewinnt Vorwahlen!

Bei den Kommunalwahlen in Seattle blasen Großunternehmen zum Angriff. In allen 7 Bezirken haben es ihre Vertreter*innen bei

alen Wohnbau, die vom Stadtrat unter dem Druck Amazons wieder gekippt wurde, sind nur ein paar Gründe für den Hass der

Arbeiter*innen gelang es Socialist Alternative eine kämpferische Bewegung für einen sozialistischen Wahlkampf aufzubauen. Über 350 Freiwillige unterstützten Sawant, machten über 90.000 Hausbesuche, hängten Plakate, produzierten Buttons etc. Unterstützung kam von 15 Gewerkschaften und 4.000 Spender*innen brachten bei einer durchschnittlichen 20\$ Spende eine Summe von 290.000\$ zusammen. Dies stellt einen weiteren wichtigen Schritt im Aufbau einer sozialistischen Kraft dar. So eine ist letztendlich notwendig, um Armut, Umweltzerstörung etc. nicht nur Seattle endgültig zu beenden.

Lukas Kastner

Gegen Stadtrat von Amazon & Co. – Ein Wahlkampf der Arbeiter*innen!

den Vorwahlen in die zweite Wahlrunde im November geschafft. Am stärksten bekämpfen die Großkonzerne der Stadt die Stadträtin unserer Schwesterorganisation (Socialist Alternative), Kshama Sawant. Der erfolgreiche Kampf für einen 15\$ Mindestlohn, 29 Millionen für leistbares Wohnen, sowie die Initiative zur Besteuerung von Großkonzernen für sozi-

Kapitalist*innen. Allein in ihrem Wahlkreis 3 wurden Gegenkandidat*innen von der Handelskammer mit 1,5 Millionen \$ finanziert. Dennoch konnte Sawant mit über 35% der Stimmen und über 15% vor Egan Orion die Vorwahlen als erste überstehen. Rund um die Themen Mietobergrenzen, öffentlicher Wohnbau und Umweltschutz im Interesse von

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Nordirland: Werft besetzt

In Nordirland besetzen Arbeiter*innen die Werft von Harland und Wolff und fordern ihre Wiederverstaatlichung. Auch die Gewerkschaft hat diese Forderung aufgegriffen. Die Werft ist die Größte des UK – die Titanic wurde hier gebaut. Die Socialist Party (SP), Schwesterorganisation der SLP in Irland und Nordirland, unterstützt den Kampf der Arbeiter*innen mit voller Kraft. Dabei überwindet

sie auch die konfessionelle Spaltung: SP-Aktivistin Susan Fitzgerald spielt als Gewerkschaftssprecherin eine führende Rolle bei der Besetzung. Dass sie aus dem katholisch geprägten Süden stammt, spielt für die mehrheitlich protestantischen Arbeiter*innen jedoch keine Rolle. Susan und die SP organisierten auch Solidarität für die Besetzung bei der Pride Parade in Belfast.

www.socialistparty.ie

Brasilien

Die Amazonas-Brände traten auch Proteste gegen Klimakiller Bolsonaro los. Dessen Politik im Interesse der Großkonzerne verschlimmert die Lage im Regenwald massiv. Liberdade, Socialismo e Revolução, die Schwesterorganisation der SLP in Brasilien ist dabei in der ersten Reihe. In Sao Paulo organisierten sie z.B. Proteste mit dem Motto: „Rettet die Umwelt, zerstört das System!“

www.lsr-cit.org

Puerto Rico: Proteststurm

Tagelange Massenproteste in Puerto Rico feigten den Governor aus dem Amt. Seine Regierung hat massiv gekürzt, privatisiert und sich selbst bereichert – gerade auch nach dem Hurrikan Maria. Die Massen Puerto Ricos leiden nicht nur unter dem Kolonialismus der Vergangenheit, sondern werden noch heute besonders ausgebeutet, ohne volle demokratische Rechte zu besitzen. Aktivist*innen von Socialist Alternati-

ve (Schwesterorganisation der SLP in den USA) organisierten nicht nur Solidarität auf dem Festland, sondern waren auch Teil der Bewegung auf der Insel. Sie forderten auf Flugblättern u.a.: vollkommene Finanzierung des Wiederaufbaus, Rücknahme aller Kürzungen und Streichung der Kolonialschulden. Dafür gilt es nach dem Fall der Regierung weiterzukämpfen.

www.socialistalternative.com



Große Aufgaben international!

Vom 12.–16.8. fand ein Treffen des internationalen Führungsgremiums des CWI, des IEKS (Internationales Exekutivkomitee), mit Teilnehmer*innen aus 25 Ländern von allen Kontinenten statt. Im Zentrum standen politische Aufgaben und die Krise des CWI, der internationalen Orga-

und in den Gewerkschaften nicht weniger wichtig für Marxist*innen. Doch es bedeutet auch, dass viele Arbeiter*innen und Jugendliche sich in Bewegungen außerhalb der traditionellen Kanäle politisieren – in Bewegungen wie jene um Frauen, LGBTQ+ und Klima.

den Aufbau der revolutionären Partei beendet und wären von „kleinbürgerlichen“ Ideen dominiert. Ein ernsthafter Blick auf die Arbeit und Materialien der beschuldigten Sektionen beweist das Gegenteil.

Es folgte eine harte Debatte in der immer deutlicher wurde, dass die

fen im Juli das CWI, „neu zu gründen“, sich den Namen, die Homepage und die Ressourcen unter den Nagel zu reißen und de facto die Mehrheit der Sektionen und Mitglieder auszuschließen!

Wir bedauern diese Entwicklung, doch wir müssen sie zur Kenntnis nehmen. Die Mehrheit des CWI ist in rund 35 Ländern vertreten und hat in den meisten bisherigen Sektionen und Gruppen des CWI die Mehrheit bzw. alle Mitglieder hinter sich.

Das kapitalistische System ist in einer tiefen globalen Krise. Die wirtschaftliche Krise von 2007 ist nicht überwunden und die nächste steht bevor. Hinzu kommt eine tiefe politische Krise. Der Marxismus ist das einzige analytische Werkzeug um die Widersprüche des Systems zu erklären und einen Weg vorwärts zu zeigen. Die Arbeiter*innenklasse ist die einzige Kraft, die die Gesellschaft fundamental verändern kann. Über viele Jahre hat das CWI auf Basis von korrekten Analysen mutige Schritte gesetzt, um die revolutionären Kräfte aufzubauen. Die Spaltung ist ein Rückschlag – aber kein unüberwindbarer. Im Gegenteil baut die Mehrheit des CWI auf den besten Traditionen und Methoden des CWI

auf. Die Grundlage unserer Arbeit ist die Methode des Marxismus, die Ideen und Methoden von Lenin und Trotzki und das Verständnis um die Rolle der Arbeiter*innenklasse. Teil unseres Kampfes ist der Aufbau der Gewerkschaftsbewegung und deren Transformation in kämpferische und demokratische Organisationen. Wir beteiligen uns am Aufbau von neuen Formationen der Arbeiter*innenklasse. Gleichzeitig sind wir Teil von Bewegungen außerhalb dieser traditionellen Kanäle, tragen sozialistische Ideen hinein, entwickeln Bewusstsein mit der Übergangsmethode und verbinden diese mit der Arbeiter*innenklasse, ihren Organisationen und dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. All das tun wir in einer Organisation mit demokratischen Strukturen und unter aktiver Einbindung der Mitglieder und einer kollektiven Führung. Die Mehrheit des CWI ist bereit, diesen Kampf zu führen. Wir blicken mit Vertrauen und Optimismus in die Zukunft, um die notwendigen Schritte in Richtung einer internationalen revolutionären Alternative zu setzen.

Auf Basis der Erklärung der Mehrheit des CWI

Nach der Krise im CWI stehen nun große Aufgaben für Sozialist*innen aus der ganzen Welt vor uns!

nisation der SLP, und deren Folgen.

Hintergrund ist die komplizierte objektive Lage. Die Arbeiter*innenklasse und die unterdrückten Massen stehen weltweit Angriffen der kapitalistischen Klassen gegenüber sind aber bisher nicht in der Lage, diese zu stoppen und in die Offensive zu gehen. Trotz großer Bewegungen herrscht bei Vielen ein Gefühl der Niedergeschlagenheit. Das spiegelt sich in der Schwäche vieler linker Parteien und dem Aufstieg rechter Organisationen wider.

Die Krise des kapitalistischen Systems reduziert den Spielraum für die Gewerkschaftsführungen auf ihrer Suche nach Lösungen im Rahmen des Kapitalismus – Die Folge sind Sabotage und Verrat an den Arbeiter*innen. Das macht die Arbeit um

Diese Entwicklungen, ihre Form und ihren Charakter waren zentral in der Debatte, die im CWI seit November 2018 entbrannte. Die bisherige internationale Führung zwischen den Treffen des IEKS, das Internationale Sekretariat (IS), unterschätzte diese Entwicklung massiv. Anstatt aus der erfolgreichen Arbeit von Sektionen zu lernen zog sich die Mehrheit der IS-Mitglieder in eine Fraktion und auf eine „Bunkerstellung“ zurück. Eine Reihe von Sektionen des CWI, die gestern noch für ihre Arbeit gepriesen worden waren, wurden massiver politischer Fehler bezichtigt. Es wurde behauptet, sie würden die revolutionäre Rolle der Arbeiter*innenklasse nicht mehr sehen, die Bedeutung der Gewerkschaften negieren, hätten

Vertreter*innen dieser Minderheit rund um das IS schon länger den Ereignissen hinterher hinkten. Ihre Analysen wurden oberflächlich und ihr Agieren übervorsichtig. In Kombination mit ihrem bürokratischen Agieren in der Debatte (die von ihnen v.a. auf der Basis von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten bestand und die demokratischen Strukturen ignorierte) steuerten sie auf die Spaltung des CWI hin. Die Mehrheit stellte sich gegen eine solche unnötige und angesichts der politischen Herausforderungen kriminelle Spaltung. Wir sind der Meinung, dass die Differenzen über Einschätzungen und Taktik weiter diskutiert werden hätten können. Doch die Minderheitsfraktion ging so weit, in einem Tref-

Fünf Gründe, warum...

1 In Oberösterreich, wo die SLP bei den Wahlen kandidiert, möchten wir eine antikapitalistische Alternative am Stimmzettel bieten. Die ÖVP hat alleine letztes Jahr 62 Mio. Förderungen erhalten. Wir sind unabhängig

Kürzungen im Sozialbereich bis Solidaritätsaktionen bei den Warnstreiks der Metaller*innen. Eine Spende ermöglicht es uns, hier weiter so aktiv zu sein.

3 Unser Ziel ist, den Kapitalismus zu stürzen. Klar sind

wegung im Sudan aktiv oder beteiligen sich an den Massenprotesten in Hong Kong. In autoritären oder neokolonialen Ländern ist die politische Arbeit viel schwieriger. Mit einer Spende kannst du diese Arbeit unterstützen.

5 Bei uns gibt es keine Privilegien, denn die Funktionär*innen der SLP bekommen höchstens den Lohn von durchschnittlichen Facharbeiter*innen – im Gegensatz zu den etablierten Parteien, deren Funktionäre so viel verdienen, dass sie keinen Bezug zum Leben mit normalem Einkommen haben. Spenden an die SLP finanzieren keine luxuriösen „Dienst“wagen, sondern wichtige politische Arbeit. Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften!

... du für die SLP spenden solltest.

vom Staat, im Wahlkampf aber umso mehr auf Spenden angewiesen. Plakate, Flyer und Aktionen kosten Geld.

2 Die SLP hat in Oberösterreich zahlreiche Kampagnen durchgeführt. Von der Organisation der Pride in Linz mit 1500 Teilnehmer*innen, Protesten in Vöcklabruck gegen

wir ein rotes Tuch für Borse, die Millionen an ÖVP bis Neos spenden. Um unabhängig vom Einfluss der Wirtschaft zu bleiben, sind wir auf deine Spende angewiesen.

4 Die SLP hat zahlreiche Schwesterorganisationen in rund 30 Ländern, unsere Genoss*innen sind zB. bei der revolutionären Be-

Vor 80 Jahren...



... begann am 1. September 1939 der 2. Weltkrieg. Die imperialistische und faschistische Politik Hitlers sollte dem Deutschen Reich eine Monopolstellung auf dem Kontinent sichern. Viel zu spät wurde der systematischen Ermordung von Jüd*innen durch das Eingreifen der Alliierten etwas entgegengesetzt. Dieses Eingreifen erfolgte nicht aus antifaschistischen, sondern aus imperialistischen Motiven. Der 2. Weltkrieg, auch als Reaktion auf die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre, hatte vor allem wirtschaftliche Gründe. Durch Zwangsarbeit verdienten Großkonzerne in Folge enorm; Staaten sicherten sich Rohstoffe und Absatzmärkte. Krieg folgt im Kapitalismus immer einer eisernen Profitlogik, die auch über Millionen von Leichen geht.

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Klimawandel: Für eine sozialistische Alternative

Rund 100 Unternehmen sind für über 70% des industriellen CO₂ Out-

del nicht in den Griff zu kriegen ist. Gleichzeitig machen sich Millionen

nicht nur verantwortlich für CO₂ Emissionen, sondern packelt

zer) müssen als erster Schritt von der öffentlichen Hand übernommen werden. Aber nicht nur das: Die Beschäftigten und Vertreter*innen der Gesellschaft, von Umweltschutzorganisationen etc. müssen das Unternehmen verwalten und führen. Dann stehen nicht mehr Gewinne, sondern sichere Jobs, gute Bezahlung UND ein Ende der Umweltzerstörung im Zentrum.

Keine individuellen Lösungen für ein gesellschaftliches Problem, das in der kapitalistischen Wirtschaft wurzelt!

puts der letzten 30 Jahre verantwortlich. Darunter die österreichische OMV. Eine Studie macht deutlich, dass selbst, wenn wir uns alle super klima-freundlich verhalten, der Klimawandel

Menschen stark fürs Klima. Sozialist*innen auf der ganzen Welt sind Teil dieser Bewegung. Es ist unsere Welt, unsere Zukunft – und unser Kampf. Zurück zur OMV: Sie ist

auch mit Diktaturen. Schuld sind nicht die Beschäftigten der OMV, sondern die Firmenleitung, die nur Profite im Fokus hat. Unsere Lösung: Die OMV (und andere Großverschmut-



Gibt es nicht aus Profitstreben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Ab: € 24,-

Sozial-Ab: € 14,-

(für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-inclusive-Ab: ab € 7,-/Monat

Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP

Abz-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 2560000000000000000000

BIC: OPSKATWW



> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

Termin

**"Eine Welt
zu
gewinnen"**

Meeting:

8. / 9.

November,

ab 18⁰⁰ Uhr,

1100 Wien,

Gudrunstr. 135

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe

jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Stadtschenke'

Neutorgasse 22

LINZ

SLP-Ortsgruppe

jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Alten Welt'

Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe

jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'

Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café Mayr'

Bahnhofstraße 1

WIEN

SLP Wien West

jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'

7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro

20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro

20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)